



Generalversammlung des Bauernverbandes Aargau vom 18. April 2018

Resolution

Künftige Agrarpolitik mit Perspektiven und verlässlichen Rahmenbedingungen

Die am 1. November vom Bundesrat vorgestellte Gesamtschau zur Weiterentwicklung der Agrarpolitik gefährdet mit dem beabsichtigten Abbau des Grenzschutzes die Errungenschaften der Agrarpolitik der letzten 25 Jahre und bietet den Aargauer Bauernfamilien keine Perspektiven. Die Bauern können nicht mit den Produzentenpreisen in der EU mithalten und gleichzeitig Schweizer Kosten tragen sowie noch höhere Anforderungen in Bezug auf Umweltleistungen und Tierwohl erfüllen. Ebenso wenig ist davon auszugehen, dass die Konsumentenpreise sinken. Schweizer Nahrungsmittel haben ihren Wert und damit auch ihren Preis. Dennoch bezahlt prozentual niemand so wenig von seinem verfügbaren Einkommen für Lebensmittel wie die Schweizerinnen und Schweizer. Zudem steht der Bericht quer zur Abstimmung zur Ernährungssicherheit vom 24. September. Der Bundesrat will die Schweizer Landwirtschaft ohne Nutzen und Not opfern. Vielmehr sollte er eine nachhaltige Agrarpolitik verfolgen. Nachhaltig für das Tierwohl und den Schutz der Umwelt im In- und Ausland, nachhaltig für die Diversität der Strukturen und Produktionszweige, nachhaltig in Bezug auf die wirtschaftliche und soziale Situation der Bauernfamilien und nachhaltig mit Zukunftsperspektiven für die jungen Bäuerinnen und Bauern.

Die Bauernfamilien des Kantons Aargau erwarten vom Parlament, dass es die Anträge der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrats (WAK-N) unterstützt und

- die Gesamtschau an den Bundesrat zurückweist und ihn beauftragt, den Bericht zu überarbeiten und
 - ohne internationale Komponente vorlegt
 - den neuen Verfassungsartikel 104a als Grundlage berücksichtigt
 - zuerst die seit 2014 laufenden Agrarpolitik analysiert
- internationale Abkommen unabhängig von der künftigen Agrarpolitik behandelt
- die Auswirkungen eines möglichen Grenzschutzabbaus für die vor- und nachgelagerten Bereiche der Landwirtschaft sowie deren Arbeitsplätze beleuchtet
- aufzeigt, wie in künftigen Freihandelsabkommen ein fairer Handel sichergestellt werden kann.

Die Bäuerinnen und Bauern des Kantons Aargau bedanken sich herzlich für die Berücksichtigung ihrer Anliegen und eine Zukunft mit Perspektiven und verlässlichen Rahmenbedingungen.